

ANFRAGE

der Abgeordneten Schimanek
und weiterer Abgeordneter
an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend

betreffend Schließung öffentlicher Krabbelstuben

Die Stadt Kufstein plant laut Medienberichten ihre öffentliche Krabbelstube zu schließen. Als Grund dafür wurde von der Stadtführung angegeben, dass viele Eltern die Krabbelstube als günstige Langzeitbetreuungseinrichtung für ihre Kinder gebrauchen würden. Der Zweck der Krabbelstube aber sei, dass die Kinder in Notfällen für einige Stunden dort betreut werden könnten. Außerdem sei das Konzept der Krabbelstube nicht mehr zeitgemäß und die Nachfrage sei ebenfalls im Sinken begriffen. Die Stadt möchte stattdessen in privaten Kinderbetreuungseinrichtungen einige Plätze für notfallbedingte Kurzzeitbetreuungen reservieren.

Dieser geplante Schritt wird nun von vielen Seiten kritisiert, da natürlich eine Verteuerung für betroffene Eltern befürchtet werden muss. Außerdem sehen Kritiker in diesem Schritt eine versteckte Subvention für diverse private Kinderbetreuungseinrichtungen, da die Vizebürgermeisterin der Stadt Kufstein und auch die Gattin des Bürgermeisters sich im Vorstand einer solchen befinden.

In diesem Zusammenhang richten die gefertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Frauen, Familien und Jugend folgende

ANFRAGE

1. Werden privat geführte Kinderbetreuungseinrichtungen durch die Bundesrepublik finanziell gefördert?
2. Wenn ja, welche Mittel wurden in den Jahren 2016, 2017 und 2018 hierfür ausgegeben.
3. Bekommen die Gemeinden eine staatliche Unterstützung für die Erhaltung von Krabbelstuben?
4. Wenn ja, welche Mittel wurden in den Jahren 2016, 2017 und 2018 hierfür ausgegeben.
5. Wo steht Österreich derzeit bei der Erreichung des 2003 festgelegten Barcelona-Ziels 33% der unter 3-jährigen Kinder und 90% der Kinder ab 3 bis Schuleintritt außerhäuslich zu betreuen?
6. Welche Maßnahmen sind von Seiten der Bundesministerin geplant, um den Zielen näher zu kommen?

Christine Seiwald *Bond*
Schimanek
Christine Seiwald

